

LAGEBERICHT DES PRÄSIDENTEN THOMAS PREIS

DEUTSCHER APOTHEKERTAG 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Begrüßung

„Gut, dass ihr da seid“ ist die Botschaft unserer neuen ABDA-Image-Kampagne, die wir zum Deutschen Apothekertag erstmals präsentieren und einsetzen. Ihr Applaus zeigt: Diese Kampagne ist gelungen. Sie berührt, sie macht aufmerksam – und sie sensibilisiert die Menschen für die Versorgungskompetenz unserer Apotheken.

Deshalb an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an unser Team Öffentlichkeitsarbeit der ABDA: Ihr macht mit Euren Kampagnen für die Apotheken einen richtig guten Job, in dem Ihr bei Politik, Gesellschaft, und vor allem bei den Menschen in unserem Land das sichtbar macht, was Apothekerinnen und Apotheker und Ihre Apothekenteams tagtäglich leisten – rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Danke an unser Team Öffentlichkeit unter der Leitung von Benjamin Rohrer. Danke, Benny!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Gut, dass auch Sie heute alle da sind. Dass Sie – die mehr als 300 Delegierten unserer Mitgliedsorganisationen, angeführt von den Präsidentinnen und Präsidenten sowie den Vorsitzenden unserer insgesamt 34 Landesapothekerkammern und Landesapothekerverbände – heute und in den kommenden drei Tagen hier in München sind und dass wir gemeinsam die Zukunft unseres Berufsstandes diskutieren, Positionen formulieren und Entscheidungen treffen. Und dass wir jetzt gemeinsam unsere zahlreichen Ehrengäste heute hier in München zur Eröffnung des Deutschen Apothekertages 2026 begrüßen können. Ihnen allen ein ganz herzliches Willkommen hier in München!

Ganz besonders begrüße ich gemeinsam mit Ihnen unseren heutigen ganz besonderen Ehrengast - unseren Bundesgesundheitsminister Dr. Carsten Linnemann.

Lieber Herr Bundesminister,

herzlich willkommen und „Gut, dass Sie heute da sind“. Gerade einmal 47 Tage im Amt und erst in der vergangenen Woche vereidigt, ist Ihr Kommen eine große Ehre für uns Apothekerinnen und Apotheker. Es zeigt uns, dass Ihnen die Apotheken vor Ort, die Apothekerinnen und Apotheker und die rund 160.000 Mitarbeitenden in unseren Apotheken wichtig sind. Und es zeigt auch: Als Westfale brauchen Sie offenbar keine 100 Tage politische Schonfrist. Sie krempeln direkt die Ärmel hoch. Sie stellen sich den gesundheitspolitischen Herausforderungen. Und vor allem suchen Sie den Dialog mit denjenigen, die jeden Tag Verantwortung in unserem Gesundheitswesen übernehmen. Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank, dass Sie heute zu uns Apothekerinnen und Apothekern gekommen sind und anschließend auch zu uns sprechen werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Gut, dass Ihr da seid“. Das ist die Headline unserer neuen Imagekampagne, die die Sicht der Bürgerinnen und Bürger zur Apotheke vor Ort prominent in den Fokus stellt. „Gut, dass Ihr da seid“ – Wir als Apothekerinnen und Apotheker erleben diese Aussage täglich tausendfach in unseren Apotheken. Beispielsweise wenn der Patient sein dringend notwendiges Arzneimittel an der Notdienstklappe erhält und auch noch mitten in der Nacht die richtige Anwendung erklärt bekommt, oder wenn eine Mutter die speziell für Ihr Baby im Apothekenlabor angemischte Hautsalbe abholt und ihr zusätzlich erklärt wird, wie eine begleitende Hautpflege eine erneute Hautentzündung verhindern hilft. Und wir hören auch ein „Gut, dass Ihr da seid!“, wenn sich eine Familie für den zuverlässigen wöchentlichen und wenn notwendig auch täglichen pharmazeutischen Botendienst zu Ihren hoch betagten Eltern bzw. Großeltern bedankt, die schon sehr lange nicht mehr ihre eigene Wohnung verlassen können.

Apotheken gehören zur Daseinsvorsorge der Menschen. Das spüren und wissen die Menschen in unserem Land und deshalb war der nun abgeschlossene Prozess der Apothekenreform der Bundesregierung genau der richtige Weg: Apotheken nach über 13 Jahren endlich wieder zu stärken und gleichzeitig Apothekerinnen und Apotheker mehr Kompetenzen zu geben, um die Menschen in unserem Land noch umfassender, besser und schneller versorgen zu können.

Dafür, Herr Minister Linnemann, sagen wir im Namen unserer Kundinnen und Kunden, und den Patientinnen und Patienten in Deutschland – und auch selbst: Danke!!!

Wie wichtig den Menschen die persönliche Arzneimittel- und Gesundheitsversorgung durch ihre Apotheke in erreichbarer Nähe ist, zeigen auch Zahlen. So hat eine von der ABDA in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage erst im vergangenen Jahr ergeben: Für 96 Prozent der Menschen in Deutschland ist es wichtig oder sehr wichtig, eine Apotheke in erreichbarer Nähe zu haben. 96 Prozent! Ich finde, viel deutlicher kann ein Auftrag an die Gesundheitspolitik kaum sein, die Apotheken zu stärken.

II. Zwischenbilanz Bundesgesundheitspolitik

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir heute auf die 12 Monate seit unserem letzten Apothekertag in Düsseldorf zurückschauen und eine Zwischenbilanz der Gesundheitspolitik ziehen, können wir feststellen:

In der Apothekenwelt hat sich in den vergangenen Monaten sehr viel bewegt. Nach Jahren, in denen die negative wirtschaftliche Entwicklung unserer Apotheken politisch nicht ausreichend erkannt oder anerkannt wurde und eine längst überfällige Honoraranpassung über ein Jahrzehnt völlig ungerechtfertigt vernachlässigt wurde, sind jetzt mit der Apothekenreform wichtige Entscheidungen getroffen worden – zur wirtschaftlichen Stärkung der Apotheken und damit zur Stabilisierung der Arzneimittel- und Gesundheitsversorgung der Menschen vor Ort.

Einige entscheidende Fortschritte möchte ich nun besonders hervorheben:

Die Anhebung des Fixums auf 9,50 Euro ist erstmals seit sehr langer Zeit eine substanzielle Anpassung unserer Vergütung. Dass diese Anpassung allerdings in zwei Schritten erfolgt: Zum 1. Juli dieses Jahres auf 9 Euro und dann erst zum Januar des nächsten Jahres auf die im Koalitionsvertrag festgelegten 9,50 Euro, wird der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Apotheken nur sehr bedingt gerecht. Besonders erschwerend kommt hinzu, dass ein großer Teil dieser Erhöhung - satte 26 Prozent – durch die geplante Erhöhung des Apothekenabschlages im Zuge des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes ab 1. Januar 2027 direkt wieder von den Krankenkassen einkassiert werden soll.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Linnemann,

weitere Apothekenschließungen vermeidet man dadurch nicht! Deshalb tragen wir heute noch einmal sehr eindringlich die Bitte vor, die Entscheidung zum erhöhten Apothekenabschlag noch einmal dringend zu überprüfen. Denn die Apothekenzahl ist in den vergangenen 13 Jahren um etwa 20 Prozent gesunken. Millionen Menschen haben bereits ihre wohnortnahe, persönliche und heilberufliche Arzneimittelversorgung verloren und müssen immer weitere Wege zur nächsten Apotheke in Kauf nehmen. Und weiter anhaltende Schließungen werden unweigerlich die Ausdünnung der Versorgung der Menschen in unserem Land weiter beschleunigen. Genau deshalb dürfen wir uns mit dieser Entwicklung nicht abfinden.

Anrede,

von der Apothekenreform geht aber auch ein klares versorgungspolitisches Signal aus: Apotheken sollen und werden zukünftig noch mehr als niedrigschwelliger Gesundheitsversorger vor Ort wirken.

Was bedeutet das konkret? Ganz konkret lässt sich das neue Leistungsspektrum der Apotheken vor Ort wie folgt zusammenfassen:

- Mehr Impfungen, nach Influenza und Corona werden Apotheken jetzt – mit Ausnahme der wenigen Lebendimpfstoffe – alle Impfungen Bürgerinnen und Bürgern anbieten können.
- Neue Test- und Präventionsangebote, auch in Form erweiterter pharmazeutischer Dienstleistungen (pDL), wie z.B. gezielte Angebote und strukturierte Beratung zur Tabakentwöhnung,
- venöse Blutentnahmen für weitere Auswertungen und Testungen,
- mehr Möglichkeiten in der Akut- und Chronikerversorgung: Patientinnen und Patienten werden ihre Dauermedikationen in bestimmten Fällen ohne eine ärztliche Verordnung in Apotheken erhalten können.

Sehr geehrter Herr Minister Linnemann,

der Gesetzgeber hat den Apotheken mehr Möglichkeiten gegeben, mehr Aufgaben und damit auch mehr Verantwortung in der Gesundheitsversorgung der Menschen in unserem Land zu übernehmen. Und wir sind, die Apothekerschaft ist bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

Das zeigt unser gestern veröffentlichter Apothekenklimaindex, für den jährlich 500 Apothekeninhaberinnen und Apothekeninhaber befragt werden. Das zentrale Ergebnis lautet: Bei den wesentlichen neuen Dienstleistungen besteht schon heute eine sehr große Bereitschaft der Apotheken, diese zeitnah umzusetzen.

Allein beim Impfen können wir – laut dieser Befragung – davon ausgehen, dass sich durch die Neuregelungen im ApoVWG die Zahl der impfenden Apotheken voraussichtlich verdoppeln wird. Auch weitere pharmazeutische Dienstleistungen im Bereich Früherkennung und Prävention wollen die Apotheken aktiv ausbauen. Das Signal ist also eindeutig: Die Politik eröffnet uns neue Möglichkeiten – und die Apothekerschaft ist bereit, sie zu nutzen.

Anrede,

unser Berufsstand hat sich in den vergangenen Jahren vorausschauend und umfassend mit dem Thema Primärversorgung beschäftigt. Mit unserem Positionspapier „Die zukünftige Rolle der Apotheke in der Primärversorgung“ hat die ABDA bereits im Frühjahr dieses Jahres ein konkretes Angebot an die Politik formuliert und vorgelegt.

Unser Ziel ist dabei klar und eindeutig: Wir wollen gemeinsam mit den anderen Leistungsträgern des Gesundheitswesens die Versorgung verbessern. Und wir wollen dort für Entlastung sorgen, wo mangelnde Steuerung heute zu Überlastung, zu langen Wartezeiten und damit zu Unzufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern führt.

Klar ist auch: Die Apotheken werden sich digital kontinuierlich digital weiterentwickeln. Die Versorgungsprozesse in unseren Apotheken werden immer digitaler. Und das ist auch gut so. Ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer noch umfassenderen Versorgung aus der Apotheke heraus wird deshalb die assistierte Telemedizin sein.

Apotheken können damit Bürgerinnen und Bürgern neue Wege in der Gesundheitsversorgung eröffnen – insbesondere zu Zeiten und in Regionen, in denen ärztliche Versorgung schwer erreichbar ist und zunehmend knapper wird.

Herr Minister,

die Politik hat uns mit dem ApoVWG und mit der assistierten Telemedizin in die Lage versetzt, in einer neu ausgerichteten Primärversorgung mit zusätzlichen Kompetenzen und Leistungsangeboten eine wichtige Rolle zu übernehmen. Jetzt die Primärversorgung neu zu ordnen, ohne die Apotheken strukturell einzubinden, wäre eine vertane Chance. Deshalb mein Appell, deshalb unser Appell:

Nutzen Sie die fachlich hervorragend aufgestellten Apotheken.

Nutzen Sie ihre gute Erreichbarkeit.

Und nutzen Sie das große Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Expertise.

Gemeinsam können wir dann Primärversorgung für die Menschen in unserem Land besser, schneller, wohnortnah und positiv erlebbar gestalten.

III. Faire Wettbewerbsbedingungen und die Einhaltung von ordnungspolitischen Regelungen sind unverzichtbar

Anrede,

ein immer größer werdender Störfaktor für unseren heilberuflichen Versorgungsauftrag ist der ausländische Versandhandel mit Arzneimitteln. Mit großer Sorge beobachten wir aktuell die zunehmende Praxis ausländischer Versandhändler, gesetzlich vorgeschriebene Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Arzneimittel nicht zu erheben – und mit diesem Verzicht sogar aktiv zu werben.

Nicht nur, dass sich Versender aus dem Ausland damit einen Wettbewerbsvorteil verschaffen wollen, viel schwerwiegender für unser Gesundheitswesen ist, dass durch das nicht Einziehen der gesetzlich vorgeschriebenen Zuzahlung die ausdrücklich gewollte steuernde Wirkung der Zuzahlung außer Kraft gesetzt wird und dadurch die Stabilität unseres Gesundheitswesens aufs Spiel gesetzt wird. Und dass die Bundesregierung mit der 50 % Anhebung der Zuzahlungen diese Situation noch verschärft und somit quasi für ein Konjunkturprogramm für Versandhändler aus dem Ausland sorgt, verschärft die Situation zusätzlich erheblich. Diese Gesamtsituation ist für uns nicht länger hinnehmbar!

Anrede,

wir werden uns deshalb in den kommenden drei Tagen hier in München in zahlreichen Anträgen mit der (brandgefährlichen) Versandhandelsproblematik beschäftigen. Die zu diskutierende Anträge sprechen eine klare Sprache. Sie reichen von der Abschaffung des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in Deutschland, was es übrigens in 18 von 27 EU-Mitgliedsstaaten die Regel ist – über Anträge den Einzugsweg der Zuzahlungen zu entbürokratisieren, den Aufwand zu vergüten und die Apothekerschaft von Inkassorisiken freizustellen, bis dahin, dass die Zuzahlungen ab sofort durch die Krankenkassen eingezogen werden sollen. Denn genau dorthin fließen ja auch die Zuzahlungsgelder.

Apotheken wollen nicht weiter als billige Inkasso-Stelle der Krankenkassen herhalten. Wir wollen vielmehr unsere Arbeitskraft für das einsetzen, wofür wir studiert haben und wofür wir da sind: für die Arzneimittel- und Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wir sind Gesundheitsversorger – keine Inkassobüros der Krankenkassen!

Gleiches gilt im Übrigen auch für den immer komplizierter werdenden Einzug der Herstellerrabatte durch unsere Rechenzentren bei der Apothekenabrechnung. Bei beiden Inkassovorgängen tragen wir als Apothekeninhaberinnen und Apothekeninhaber auch noch selbst das komplette wirtschaftliche Risiko, wenn ein zahlungspflichtiger Patient oder ein Pharmahersteller seiner

Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt. Das ist nicht sachgerecht. Und für kleine und mittelständische Unternehmen wie unsere Apotheken ist es wirtschaftlich schlicht nicht zumutbar.

Anrede,

dass Arzneimittel als Teil der Daseinsvorsorge durch den Versandhandel und Plattformen im Internet zum reinen Konsumprodukt verkommen und Gesundheit damit zur Ware wird, ist gesundheitspolitisch nicht akzeptabel. Dass das aber zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen, den Apotheken in Deutschland, geht, die sich mit größtem persönlichem Einsatz für die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung engagieren, ist nicht mehr länger hinnehmbar!

Sehr geehrter Herr Minister,
was wir aktuell im Versandhandelsmarkt erleben, darf nicht zum neuen Normalzustand werden. Das gilt auch für die Einhaltung der vorgeschriebenen Temperaturbedingungen beim Transport und Versand von Arzneimitteln.

Sehr geehrter Herr Minister,
unsere Forderung ist eigentlich selbstverständlich: Wer Patientinnen und Patienten in Deutschland mit Arzneimitteln versorgt, muss sich an die in Deutschland geltenden Regeln halten. Ohne Ausnahme. (Ohne Wenn und Aber.) Diese Forderung ist nicht nur legitim. Ihre politische Umsetzung ist für unsere Apotheken mittlerweile von existenzieller Bedeutung. Der Versandhandel hat durch die Einführung des E-Rezepts erhebliche Marktanteile gewonnen. Gleichzeitig erleben wir problematische Werbe- und Rabattaktionen und sehen Defizite bei der Einhaltung verbindlicher Vorgaben. Und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. So kann und darf es nicht weitergehen. Im Interesse einer sicheren Arzneimittelversorgung der Menschen in unserem Land muss diese Entwicklung gestoppt werden, sofort gestoppt werden. Die Politik muss handeln. Und zwar jetzt!

IV. Säulen der Daseinsvorsorge der Menschen / Krisenresilienz ist keine abstrakte politische Kategorie mehr

Anrede,

gerade in Zeiten geopolitischer Unsicherheiten, fragiler Lieferketten und zunehmende Krisenanfälligkeit wird uns allen bewusst, wie wichtig eine belastbare Gesundheitsversorgung – und damit auch eine krisenfeste Arzneimittelversorgung – ist. Erlebt haben wir das alle erst jüngst in der Zeit der verheerenden Corona-Pandemie, als Apotheken von heute auf morgen die Versorgung mit Arzneimitteln und Gesundheitsprodukten, die knapp oder nicht mehr verfügbar waren, sichergestellt haben: Ich erinnere hier beispielsweise an Desinfektionsmitteln, an Fieber- und Antibiotikasäfte für Kinder, die wir in unseren Apotheken-eigenen Laboren hergestellt haben, an die sichere flächendeckende Versorgung mit digitalen Impfzertifikaten und an die Versorgung mit Coronaimpfstoffen selbst, als sie dann endlich da waren.

Krisenresilienz, meine Damen und Herren, ist seit der Corona-Pandemie, seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und angesichts zunehmender Angriffe auf unsere

Energieinfrastruktur längst keine abstrakte politische Kategorie mehr. Krisenresilienz betrifft uns alle ganz konkret. Wie stellen wir die Arzneimittel- und Gesundheitsversorgung sicher, wenn gewohnte Strukturen plötzlich nicht mehr funktionieren? Wenn Lieferketten zusammenbrechen, wenn Strom und Energieversorgung unterbrochen sind. Oder wenn Deutschland unmittelbar von einem militärischen Konflikt betroffen wäre?

Unsere Bundesapothekerkammer befasst sich schon seit geraumer Zeit mit der Rolle und den Aufgaben der öffentlichen Apotheken, der Krankenhausapotheken und der Bundeswehrapotheken in Krisenzeiten. Dabei zeigt sich eindeutig: Das Sicherheitsnetz der Apotheken ist gerade im Krisenfall unverzichtbar.

Klar ist aber auch: Das jahrelange Kaputtsparen unserer Apotheken hat bereits zu einer gefährlichen Ausdünnung dieses Sicherheitsnetzes geführt hat. Wir wissen zugleich, dass wir Ihr Haus, Herr Minister, und viele andere Ministerien bei dieser für unseren Staat so wichtigen Aufgabe der Resilienz an unserer Seite haben.

Deshalb appellieren wir heute noch einmal eindringlich an Sie:

- Stärken Sie das flächendeckende Apothekennetz – auch aus Gründen der Krisenresilienz.
- Bekämpfen Sie Arzneimittellieferengpässe.
- Und geben Sie den Apotheken zusätzliche Handlungsmöglichkeiten, damit die Versorgung auch in Krisenzeiten wohnortnah und flächendeckend gewährleistet bleibt.

Anrede,

Apothekeninhaberinnen und -inhaber und ihre Teams übernehmen bereits heute täglich heilberufliche und persönliche Verantwortung, die oft weit über das hinausgeht, was in Verordnungen und Gesetzen als Standard für Apotheken vorgesehen ist. Davon profitieren die Menschen in unserem Land. Davon profitieren unser Staat und unser Gemeinwesen. Wir sind eine zentrale Säule der Daseinsvorsorge - und diese große Verantwortung nehmen wir sehr ernst.

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie können auf uns bauen. Und wir setzen darauf, dass auch wir auf Sie bauen können. Für Ihr neues Amt wünschen wir Ihnen viel Glück, viel Erfolg und bei Ihren wichtigen Entscheidungen stets eine glückliche Hand. Damit die Menschen in unserem Land auch in Zukunft in ihren Apotheken sagen können: „Gut, dass Ihr da seid!“

Anrede,

ich bin am Ende meines heutigen Redebeitrags angekommen und eröffne hiermit den Deutschen Apothekertag 2026. Ich freue mich - und ich bin mir sicher, Sie alle freuen sich ebenfalls - auf einen spannenden und erkenntnisreichen Deutschen Apothekertag. Auf kluge Debatten. Auf klare Beschlüsse. Und auf einen starken Schulterschluss unseres Berufsstandes. Denn nur gemeinsam werden wir unsere heilberuflichen und berufspolitischen Ziele konsequent und erfolgreich verfolgen.

Jetzt aber freuen wir uns zunächst auf die Grußworte unseres Bundesgesundheitsministers.

Sehr geehrter Herr Minister Linnemann,

Sie haben die Bühne. Sie haben das Mikrofon. Und Sie haben das Wort. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.